

Krach um Giftmüll auf See: Bruns kontra Hirche

^{HAZ}
1991 Umladen in Emden – ja oder nein? / Remmers: Wir brauchen eine Übergangslösung

Zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) und dem SPD-Landesvorsitzenden Johann Bruns ist es am Donnerstag im Landtag gekommen. In der Debatte über eine dringliche Anfrage der Grünen zum Umschlagen von Giftmüll, der auf See verbrannt werden soll, im Emdener Hafen warf Hirche dem in Emden wohnenden Bruns vor, er betreibe verantwortungslos Obstruktion, äußere sich doppelzünftig und verbreite bewußt Unwahrheiten. In einer persönlichen Erklärung entgegnete Bruns, ein Vorwurf dieser Art und Schärfe komme selbst in Vorwahlzeiten selten vor, und in der Sache selbst habe Hirche sich „erbärmlich um Antworten gedrückt“. Hirche sagte darauf, in der Frage der Giftmüllverbrennung auf See unterschläge Bruns den tatsächlichen Sachzusammenhang.

Hintergrund der Anfrage ist, daß im belgischen Hafen Antwerpen demnächst kein chlorhaltiger Giftmüll mehr auf Verbrennungsschiffe umgeladen werden darf. Dem Wirtschaftsministerium in Hannover liegt ein Antrag des Emdener Unternehmens Frisia vor, dort im Hafen den durchweg aus dem Ruhrgebiet stam-

menden Giftmüll direkt vom Binnenschiff aufs Verbrennungsschiff umladen zu dürfen. Hierzu wollten die Grünen erfahren, welche Gefahren für die Bevölkerung und für die See zu erwarten seien, falls beim Umladen eine Panne passiert.

Direkt zu dieser Frage sagte Hirche, das „Gefahrenpotential“ werde bei der Prüfung des Frisia-Antrags mitbeurteilt, und vom Ergebnis hänge ab, welche Vorsorge in Emden getroffen werden müsse. Das Frage-und-Antwort-Spiel weitete sich zu einer allgemeinen Debatte über die Giftmüllverbrennung auf See aus. Hirche sagte, die FDP sei grundsätzlich gegen die Müllverbrennung in der Nordsee, jedoch sei er als Minister gezwungen, Anträge wie den der Frisia nach Recht und Gesetz zu prüfen. Auf Vorhalt von Johann Bruns, eine Anlage wie auf dem Verbrennungsschiff sei an Land (wegen des Schadstoffausstoßes) nicht genehmigungsfähig, sagte der Minister: „Wir können nicht den Rechtsstaat durch Weltanschauung ersetzen.“

Der SPD und insbesondere dem Emdener Abgeordneten Bruns hielt Hirche wiederholt zwiespältige Haltung vor: „Wer gegen die Verbrennung auf See ist, muß

doch dafür sorgen, daß die Genehmigungsverfahren für Zwischenlager und Verbrennungsanlagen an Land durchgehen können.“ Die SPD sei jedoch sowohl gegen die Verbrennung auf See als auch gegen „Zwischenlösungen an Land“. Wer ein Ziel verfolgt, meinte Hirche, müsse auch für unpopuläre Schritte eintreten.

Der Umweltpartei der SPD, Uwe Bartels, stellte in Frageform fest, es seien bereits vor zwei Jahren zwischen der Landesregierung und interessierten Unternehmen Abreden getroffen worden, die sich auf den Giftmüllumschlag in Emden bezogen hätten. Hier griff Umweltminister Werner Remmers in die Debatte ein und sagte, diese Gespräche hätten im Zusammenhang mit dem damals erwogenen Bau einer Verbrennungsanlage in Emden gestanden. Remmers: „Bruns hat damals in unverantwortlicher Weise den Kopf aus der Schlinge gezogen!“ Er hielt der Opposition vor, sie sei erst gegen ein Umladen vom Kai aufs Schiff gewesen, dann gegen eine Verbrennungsanlage, und nun sei ihr auch der Umschlag von Schiff zu Schiff zu gefährlich. „Wir brauchen diese Übergangslösung“, fügte Remmers an. me